

# NZZ am Sonntag

## Klimawandel

### Bitte keine Subventionen, die falsche Anreize schaffen

Der Ruf nach Bundesgeldern, er wird kommen: Das ist so sicher wie das Amen in der Kirche. Tatsächlich ist dieser historisch schneearme Winter für die tiefer gelegenen Skigebiete brutal. Ihr Geschäftsmodell schmilzt wortwörtlich weg. Deshalb dürften auch nicht alle Bergbahnen diesen Winter überleben. Das ist hart, vor allem für die ohnehin schon strukturschwachen Voralpengebiete. Trotzdem sind Subventionen die falsche Antwort auf die Klimakrise. Vielmehr gilt es, der bitteren Wahrheit in die Augen zu schauen: Auch mit Bundesmilliarden lässt sich der Skisport in den tieferen Lagen nicht retten. Staatliche Fördergelder würden das Sterben nur verlangsamen. Und weitaus schlimmer: Sie verhindern den Strukturwandel hin zu neuen Angeboten, die auch ohne Schnee Wertschöpfung in die Täler bringen. Wenn die öffentliche Hand schon finanzielle Mittel sprechen soll, dann müssen diese unbedingt zukunftsgerichtet sein. Ein besonders abschreckendes Beispiel sind da die Subventionen, die der Bund neu an die Ernteversicherungen in der Landwirtschaft bezahlen will. Wenn einem Bauern immer wieder seine Kartoffeln verdorren, dann ist deren Anbau an diesem Standort so nicht zukunftstauglich. Es darf nicht sein, dass ihn staatliche Gelder dazu ermuntern, trotzdem daran festzuhalten. *Georg Humbel*

## Deutschland

### Olaf Scholz ist der falsche Mann für das Europa der Kriegszeit

Wer gedacht hat, nach Angela Merkel, der Kanzlerin des Zögerns und Zauderns, könne unmöglich jemand kommen, der den Weltenlauf noch bedächtiger verfolgt, sieht sich getäuscht. Olaf Scholz, der Kanzler der Zeitlupe, übertrifft noch seine Vorgängerin. So wenig Initiative und Führungskraft gab es in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik noch nie. In einer Zeit des radikalen Umbruchs in Europa, wie jetzt durch Russlands Krieg gegen die Ukraine, sticht die Schwäche des Kanzlers besonders hervor. Es sind die Polen und die Balten, die Europas Antwort auf das aggressive Russland Wladimir Putins formulieren, nicht Olaf Scholz. Es ist Frankreichs Präsident Emmanuel Macron, der den Anfang machte und die Lieferung von Panzern an die Ukraine ankündigte, nicht der deutsche Kanzler. Sieben Monate lang wehrte sich Scholz gegen die Übergabe von alten Schützenpanzern des Typs Marder. Seit Juni warteten sie, instand gesetzt, auf dem Werksgelände von Rheinmetall. Weniger ukrainische Soldaten wären gestorben, hätte sich Scholz rascher zur Lieferung entschieden. Von einer Zeitenwende hatte Scholz nach dem Kriegsausbruch gesprochen. Gewiss. Aber für diese Zeit ist er der falsche Mann. *Markus Bernath*

## Corona-Tests

### Immer noch nichts gelernt

Es ist zum Verzweifeln: Drei Jahre lang hat die Politik den Umgang mit Corona geübt - und doch verfällt sie bei der erstbesten Gelegenheit wieder in ihre althergebrachten Muster. «Grenzen zu Italien schliessen», forderten Parlamentarier im März 2020, nachdem die Infektionszahlen dort in die Höhe geschnellt waren. «Testpflicht für Reisende aus China», skandieren nun Mitglieder der Gesundheitskommission aufgrund des jüngsten Ausbruchs in China. Politiker von links bis rechts schliessen sich dem Appell an - obwohl Epidemiologen sagen, dass solche Tests so gut wie nichts bringen. Einmal mehr zeigt sich, wie wenig wissenschaftliche Erkenntnisse zählen. Und wie tief simple politische Reflexe sitzen. *Andrea Kučera*

## Chappatte

### IRAN



## Der externe Standpunkt

# Die Niederlande entschuldigen sich für die Sklaverei – Frankreich schweigt

Als frühere Kolonialmacht ist Frankreich mitverantwortlich dafür, dass Haiti ein Armenhaus ist. Doch anders als jüngst die Niederlande lässt das Land eine offizielle Entschuldigung missen, **schreibt Fredy Sidler**

Vor knapp drei Wochen haben sich die Niederlande bei den Nachkommen der Sklaven in ihren ehemaligen Kolonien für das Unrecht der Sklaverei entschuldigt. Chapeau! Wie wäre es, wenn sich auch Frankreich entschuldigen würde? Es hätte deutlich mehr Anlass, dies zu tun. Aber Frankreich schweigt.

Es schweigt nicht nur zur menschenverachtenden Sklavenhaltung in seiner damaligen Kolonie Saint-Domingue, dem heutigen Haiti. Es schweigt auch darüber, dass es 1803 von Haiti die horrende Summe von 150 Millionen französischen Gold-Francs erpresst hat, damit es im Gegenzug die von den Sklaven erkämpfte Unabhängigkeit anerkennt. Der Betrag entspricht dem heutigen Gegenwert von 25 Milliarden Dollar.

Haiti war ausserstande, eine solche Summe zu bezahlen. Also tauchten am 7. Juli 1825 vierzehn französische Kriegsschiffe mit über 500 Kanonen vor der Küste Haitis auf, um der Forderung Nachdruck zu verleihen. Bereits am Tag darauf akzeptierten die verängstigten Haitianer die Rechnung, sie wollten nicht wieder französische Kolonie werden. Da Haiti aber über kein eigenes Vermögen verfügte, musste es bei Pariser Banken Kredite aufnehmen und diese Jahr für Jahr und mit Wucherzinsen abzahlen.

Das unabhängige Haiti war von Beginn an mausarm. Nichts hatten die Franzosen zurückgelassen, die Plantagen waren von den Sklaven abgefackelt worden, andere Wirtschaftszweige sowie eigenständige Verwaltungsstrukturen hatte Frankreich gar nie aufgebaut - anders als etwa die Spanier in Südamerika. Die indigene Bevölkerung war schon im frühen 16. Jahrhundert ausgestorben. Als das Land am 1. Januar 1804 unabhängig wurde, bestand seine Bevölkerung zu über 95 Prozent aus früheren Sklaven, die keine Schulbildung hatten, kein Eigentum besaßen, über keine beruflichen Kompetenzen verfügten und die noch nie Verantwortung tragen mussten - weder für sich noch für andere.

Im Jahrhundert vor seiner Unabhängigkeit galt Saint-Domingue als reichste Kolonie Frankreichs, «Perle der Antillen» wurde sie genannt. Grund dafür waren nicht besonders günstige natürliche Voraussetzungen oder eine besonders talentierte oder ausgebildete Bevölkerung. Grund war einzig die grauenhafte, fast industrielle Sklavenwirtschaft der französischen Kolonialherren. Gegen 40 000 Sklaven kauften die Sklavenhändler Jahr für Jahr an der afrikanischen Westküste ein. Bezahlt haben die Sklavenhändler diese menschliche «Ware» mit dem Geld, das sie zuvor in Europa mit dem Verkauf von edlen Hölzern aus Saint-Domingue erlöst hatten. 20 bis 30 Prozent der Sklaven überlebten die Überfahrt in die Karibik nicht. Kranke und Tote wurden über Bord geworfen.

Bei ihrer Ankunft in Saint-Domingue wurden die Sklaven katholisch getauft und notdürftig gepflegt, damit die Sklavenhändler für sie auf dem lokalen Markt bessere Preise lösen konnten. Ihre eigene Religion

und Sprache durften sie nicht mehr praktizieren. Im Untergrund entstanden eine neue Religion, der Vodou (in Gruselfilmen auch Voodoo genannt), und eine neue Sprache, das Kreolische. Essen und schlafen durften sie nur so viel, wie zum Erhalt der Arbeitskraft nötig war. Sklavenkinder gehörten dem Herrn der Mutter.

Mit ihrem Aufstand, der 1791 begann, strebten die Sklaven nicht die Unabhängigkeit von Saint-Domingue an. Sie wollten einzig die Sklaverei beenden. Ihr charismatischer Freiheitsheld Toussaint Louverture, ein freigelassener Hausklave der zweiten Generation, glaubte an das revolutionäre Frankreich mit seinen Idealen von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Er kämpfte als General auf der Seite Frankreichs gegen Spanier und Engländer in Saint-Domingue. Erst als die Franzosen seine Forderungen nach gleichen Rechten für die Schwarzen nicht erfüllten, wechselte er 1801 die Fronten und wurde Anführer der Sklavenarmee.

Haiti, wie sich Saint-Domingue seit der Unabhängigkeit nennt, war weltweit die zweite ehemalige Kolonie nach den USA, die sich aus eigener Kraft ihre Freiheit erkämpfte. Doch für die ratenweise Rückzahlung und Verzinsung der von Frankreich erpressten Kredite blieb den Haitianern nichts anderes übrig, als weiter ihre Wälder abzuholzen. Die zum Teil sehr wertvollen Hölzer verkauften sie - wie früher die Sklavenhändler - in Europa. Haiti ist bis heute ein Land ohne Wälder.

122 Jahre lang stotterte Haiti die Kredite ab - bis 1947! Frankreich derweil schweigt weiter. Es hofft wohl, dass die Weltgemeinschaft vergisst, dass seine ehemaligen Sklaven bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts wichtige Teile der natürlichen und wirtschaftlichen Substanz ihres Landes vernichten mussten, um dafür zu bezahlen, dass sie einmal französische Kolonie und so dreist waren, sich daraus zu befreien - eine weltweit wohl einmalige Zumatung. Eine blasse Entschuldigung dürfte kaum ausreichen.

## Fredy Sidler



Fredy Sidler, 77, präsidierte bis Ende 2022 13 Jahre lang die Stiftung Suisse-Santé-Haïti, die auf dem verarmten Inselstaat zwei Ambulatorien zur Verbesserung der prekären Gesundheitsversorgung betreibt. Der Bildungs- und Gesundheitsexperte aus Biel kennt Haiti durch zahlreiche Besuche vor Ort. (dli.)